

Einführung

Eszter Bartha/Thomas Lindenberger

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien wählende Arbeiter waren im 20. Jahrhundert ein verbreitetes Phänomen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist wahrscheinlich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP): Obwohl sie während der Weimarer Republik in den Arbeiterbezirken stets schwächer abschnitt als im Rest des Landes, erhielt sie ab 1932 auch dort über 30 Prozent.¹ Nach ihrer Machtübernahme gelang es den Nazis, mit ihren gesellschaftspolitischen Maßnahmen zahlreiche Arbeiter zu überzeugen.² Vor allem aber gelang ihnen eines: Gleich zu Beginn ihrer Herrschaft zelebrierten sie die öffentliche Anerkennung der Arbeiter als soziale Gruppe, indem sie den 1. Mai, den traditionelle Kampftag der linken Arbeiterbewegung, zu einem arbeitsfreien Feiertag erklärten.³

Währenddessen blieb das Bild des Arbeiters als soziale Kategorie unverändert: In seinem Mittelpunkt standen die in Körper und Lohn abhängigen, am unteren Ende der sozialen Hierarchie angesiedelten Arbeiter, die in den hochindustrialisierten Nationen Bewegungen zur Förderung von Bürgergleichheit und Solidarität unterstützten – die „Linke“. Es war dieser deutliche Unterschied, der sich in den Jahrzehnten postfordistischer struktureller Veränderung nach 1945 allmählich verlor – in den kapitalistischen Gesellschaften des Westens ebenso wie in den staatssozialistischen Gesellschaften des Ostens. Schon damals wurde der Einfluss dieses Prozesses auf die politischen Präferenzen der Arbeiter reflektiert. Im Jahr 1969 besuchte der Gründer der ungarischen Arbeitssoziologie, Gyula Rézler, aus seinem amerikanischen Exil das Institut für Soziologie an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, um die ungarische Arbeiterklasse zu erforschen. In seiner Studie „Automation: Its impact on the organization and functions of personnel management“ aus dem Jahr 1972⁴ argumentierte er, die Automatisierung verwische die Grenze zwischen Arbeitern und Angestellten,

1 Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten, München 1986, S. 183. – Das vorliegende Themenheft wurde gefördert mit Mitteln der Marie Skłodowska-Curie-Action der EU (ID der Finanzhilfvereinbarung: NIWGE 846179, <https://cordis.europa.eu/project/id/846179>; 11.9.2022).

2 Vgl. Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975.

3 Vgl. Michael Wildt, Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918–1945, München 2022, S. 281.

4 Vgl. die Erinnerung von János Farkas, dem damaligen stellvertretenden Direktor des Instituts, <https://www.rezler-foundation.hu/az-alapito/farkas-janos-emlekei>; 5.8.2022.

reduziere die Gewerkschaftsmitgliedschaft und wirke sich negativ auf die Attraktivität linker politischer Ideen und die Mobilisierung in der betroffenen Gruppe der Arbeiter aus.⁵

Michael Burawoys einflussreiche Studie von 1985, die „factory regimes under capitalism and socialism“ verglich, stellte eine – in seinen Worten – steigende Tendenz zum „hegemonic despotism“ sowohl im „Westen“ als auch im „Osten“ fest.⁶ Zu diesem Zeitpunkt meinte er jedoch, die Arbeiter würden in den osteuropäischen Ländern (er unternahm seine einschlägige Feldforschung in Ungarn) mit höherer Wahrscheinlichkeit ein sozialistisches Bewusstsein wiedererlangen als ihre Kollegen in den kapitalistischen Betrieben, sobald sie sich von der Bevormundung der herrschenden Kommunistischen Parteien befreit hätten.⁷ In der Tat erwarteten viele westliche und osteuropäische Linke nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in der Region eine wahrhaft sozialistische Entwicklung in Osteuropa.

Das Zerschlagen dieser politischen Hoffnungen und die Weigerung der Arbeiter, einem neuen sozialistischen Experiment Glauben zu schenken, beschleunigten Prozesse, die Rézler bereits in den USA der 1960er-Jahre beobachtet hatte. Eine Annäherung der Arbeiter an rechtspopulistische politische Parteien war in West- und besonders in Nordeuropa schon lange vor der globalen Thematisierung der Krise der traditionellen Linken beobachtet worden,⁸ lange vor Trumps Wahlsieg im Jahr 2016, der zumindest in Teilen auf die Stimmen der Arbeiter aus dem Rust Belt zurückzuführen war.⁹ In der Zwischenzeit gab es andere Fälle, in denen rechtspopulistische politische Führer die Macht übernahmen: Bolsonaro in Brasilien beispielsweise, Narendra Modi in Indien, und – ganz wesentlich – Viktor Orbán, dem es in den ungarischen Parlamentswahlen 2022 zum wiederholten Mal gelang, mit seiner Fidesz-Partei eine Zweidrittel-Mehrheit zu erreichen. Angesichts der Tatsache, dass er seit 2010 ununterbrochen die politische Macht

5 Die Studie wurde auf Ungarisch veröffentlicht in: Pál Péter Tóth (Hg.), *Válogatás Rézler Gyula 1932 és 1999 között megjelent írásaiból* [Gyula Rézler, *Ausgewählte Schriften, 1932–1999*], Budapest 2011. Der Soziologe István Kemény, der stark von Rézlers Arbeiten beeinflusst war, wurde im Jahr 1977 ins Exil gezwungen, wo er weiterhin Artikel veröffentlichte, die sich mit den von Rézler aufgeworfenen Fragen befassten. Seine Arbeiten wurden nach dem Regimewechsel auf Ungarisch wiederveröffentlicht: *István Kemény, Velünk nevelkedett a gép. Magyar munkások a hetvenes évek elején* [We grew up with the machines. Hungarian workers at the beginning of the 1970s], Budapest 1990.

6 Michael Burawoy, *The Politics of Production. Factory Regimes under Capitalism and Socialism*, London 1985.

7 Burawoy reflektierte diese Erwartung selbstkritisch in einem späteren Buch über seine ungarische Feldforschung: Michael Burawoy/János Lukács, *The Radiant Past: Ideology and Reality in Hungary's Road to Capitalism*, Chicago 1992.

8 Vgl. etwa Marcel van der Linden, *Workers and the Radical Right*. In: *International Labor and Working-Class History*, (2018) 93, S. 74–78.

9 Vgl. insbesondere die Schriften Leon Finks, z. B. <https://inthesetimes.com/article/regional-reparations-rustbelt-electoral-politics-fink>; 7.8.2022.

innehat, können wir tatsächlich von einer Konsolidierung seiner Herrschaft und seines Regimes sprechen, für das er den Begriff „illiberal“ geprägt hat.¹⁰

Diese politischen Entwicklungen begünstigten neue Forschungen zum Rechtspopulismus in der ganzen Welt. Diese Ausgabe von *Totalitarismus & Demokratie* versteht sich als Beitrag zur anwachsenden akademischen und politischen Literatur zu diesem Thema. Dabei werden zwei wichtige Aspekte vertieft, die in diesem ansonsten sehr diversen und produktiven Forschungsfeld unterrepräsentiert sind. Beide Aspekte sind miteinander verbunden und führen uns zurück in die Welt des Kalten Krieges: die relative Vernachlässigung Osteuropas als geografische Region und seine charakteristische Rolle in der modernen Weltwirtschaft sowie die Betonung – oder unzureichende Konzeptualisierung – des osteuropäischen staatssozialistischen Erbes.

Historisch betrachtet stellen begriffliche Bestimmungen Osteuropas ein Phänomen langer Dauer dar. Wie Larry Wolff in seinem anspruchsvollen Buch „*Inventing Eastern Europe: The Map of Civilisation on the Mind of the Enlightenment*“ erörtert, sahen westliche Reisende die Region schon lange als eigen und zugleich *minderwertig* an, bevor die kapitalistische Industrialisierung die sozioökonomische Landschaft Europas fundamental transformierte.¹¹ Während Wolff argumentierte, diese zivilisatorisch-kulturelle Hierarchie gehe dem ökonomische Rückstand des europäischen „Anderen“ voraus, entwickelte Wallerstein explizit das Konzept der Semi-Peripherie, um die Position Osteuropas im kapitalistischen Weltsystem zu kennzeichnen.¹² Die Theorie des Weltsystems fand lange vor dem tatsächlichen Zusammenbruch des Staatssozialismus ihren Weg zu Ungarns „Gulasch-Kommunismus“: So brachte die wissenschaftliche Zusammenarbeit von Iván Berend und György Ránki Arbeiten hervor, die breite internationale Anerkennung erfuhren.¹³ Der ungarische Historiker Emil Niederhauser schärfte das Konzept Osteuropas weiter, indem er zwischen vier Sub-Regionen unterschied: „West“-Osteuropa (die Tschechische Republik und Slowenien), „Mittel“-Osteuropa (Ungarn, Polen, die Slowakei, Kroatien), „Ost“-Osteuropa (die Ukraine, Russland, Belarus) und die Balkanstaaten.¹⁴ Er widmete auch jenem wesentlichen Widerspruch große wissenschaftliche Aufmerksamkeit, der

10 Orbáns Regime erfuhr breites öffentliches und akademisches Interesse, vgl. z. B. Adam Fabry, *The Political Economy of Hungary: From State Capitalism to Authoritarian Neoliberalism*, London 2019; Gábor Scheiring, *The Retreat of Liberal Democracy: Authoritarian Capitalism and the Accumulative State in Hungary*, London 2019; Margit Feischmidt/Balázs Majtényi (Hg.), *The Rise of Populist Nationalism: Social Resentments and Capturing the Constitution in Hungary*, Budapest 2019.

11 Vgl. Larry Wolff, *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilisation on the Mind of the Enlightenment*, Stanford 1994.

12 Vgl. Immanuel Wallerstein, *The Modern World-System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*, New York 1974.

13 *The Modern World-System I* wurde 1983 auf Ungarisch in Budapest veröffentlicht.

14 Emil Niederhauser, *Előhang 1989 Kelet-Európájához* [Prologue to the Eastern Europe of 1989]. In: *Eszmélet*, 5 (1990), S. 24–42.

bald die Slogans des 19. Jahrhunderts dominieren sollte, dem zwischen Nation und Fortschritt. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geriet der Nationalismus zunehmend in eine konfliktreiche Beziehung zur kapitalistischen Modernisierung, was zur Bewahrung der semifeudalen politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen in den nicht-kommunistischen Teilen der Region beitrug.¹⁵

Das Ende des Kalten Krieges eröffnete ein neues Kapitel in der Konzeptualisierung Osteuropas. Unter keinen Umständen kann Deutschland als Teil des europäischen „Anderen“ betrachtet werden, da das Land in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu den weltweit stärksten Industrienationen zählte. Die Teilung des Landes allerdings brachte dem sowjetischen „Lager“ einen neuen Mitgliedsstaat, obwohl die DDR ihre industriell führende Position unter den sozialistischen Ländern beibehielt. Das besondere historische Erbe des Staatssozialismus jedoch erhält „traditionell“ geringere wissenschaftliche Aufmerksamkeit, gerade weil dieses Erbe – und die Konzeptualisierung des „real existierenden“ Sozialismus – noch heute zu den umstrittensten Themen des 20. und 21. Jahrhunderts gehören. Um die Debatte um den *Charakter* des Staatssozialismus mit der oben beschriebenen Konzeptualisierung Osteuropas zu verknüpfen, genügt es, Niederhauser zu zitieren: „The conceptual framework of Eastern Europe has been criticized on the grounds that it refers back to the socialist ‚peace camp‘. Nevertheless, the variant of socialism, the system, which had been formed here, turned out to be different precisely because it had been formed in Eastern Europe.“¹⁶ Unser Ziel ist nicht, an dieser Stelle eine Debatte darüber zu beginnen, was dieses System gewesen ist, aber wir möchten durchaus das *historische* Argument aufzeigen, die Notwendigkeit, die besondere Rolle Osteuropas im kapitalistischen Weltssystem – und auf der geistigen Karte der westlichen Zivilisation – zu berücksichtigen.

Der Kerngedanke dieses Themenheft besteht folglich darin, in einem osteuropäischen (und ostdeutschen) Kontext grundlegend zu erfragen und zu verstehen, weshalb Arbeiter, die in der staatssozialistischen Ära – und darüber hinaus – mit linken politischen Ideen, Milieus und Mobilisierungen verbunden waren, ihre politischen Sympathien veränderten und sich zunehmend rechtspopulistischen politischen Parteien annäherten, wie etwa Orbáns Fidesz oder der AfD – wobei letztere unter Verweis auf ihre Anziehungskraft auf entsprechende Wählerschichten als „Arbeiterpartei“ bezeichnet wurde.

Während man es auch im Westeuropa der Nachkriegszeit für selbstverständlich erachtete, dass Arbeitergemeinden und -viertel links wählten, gewannen im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in vielen westeuropäischen Staaten populistische, rechtsextreme politische Parteien zunehmend an Unterstützung unter den Arbeitern. Parallel zu dieser politischen Verlagerung ließ die Bindung an Gewerkschaft-

15 Vgl. Emil Niederhauser, A kelet-európai fejlődés kérdéséhez [To the Question of the Eastern European Development]. In: Éva Ring (Hg.), Helyünk Európában [Unser Platz in Europa], Budapest 1986, S. 212–222.

16 Niederhauser, Előhang, S. 24.

ten und auch an sozialdemokratische Parteien nach. Autoren wie Philippe Marlière machten die Übernahme der sogenannten neoliberalen Grundsätze durch westeuropäische sozialdemokratische Parteien für diese Verlagerung verantwortlich.¹⁷

Nach einem kurzen Wiederaufleben der sozialistischen Parteien in Mittel- und Osteuropa in der Mitte der 1990er-Jahre, die viele als „Nachfolger“ kommunistischer Parteien betrachteten, wurde eine ähnliche Verschiebung nach rechts bei den Stimmen der Arbeiter beobachtet, während die Unterstützung für die Linke abnahm. In der Literatur, die diese Verlagerung in der politischen Orientierung der Arbeiter in Ostmitteleuropa diskutiert, argumentiert David Ost,¹⁸ aufbauend auf seine frühere Studie zu den Wurzeln der *Solidarność* in Polen,¹⁹ dass die liberale Intelligenzia die Arbeiter betrogen und den Pfad des neoliberalen Kapitalismus gewählt habe. Dies habe viele Arbeiter faktisch verarmen lassen, die entweder ihre Stelle verloren oder sich mit sehr niedrigen Löhnen im Vergleich zu den Einnahmen neuer „Kapitalisten“ (Manager, erfolgreiche Unternehmer usw.) zufriedengeben mussten. Folglich wählten die Arbeiter die radikale Rechte, um die Intelligenzia und die neue neoliberale Elite abzustrafen. Kalb und Halmi²⁰ bieten eine etwas andere Erklärung für die zunehmende Attraktivität der radikalen Rechten unter der Arbeiterschaft an. Vereinfacht lautet die zentrale These ihres Buches: Globalisierung und neoliberaler Kapitalismus haben die traditionellen Arbeitermilieus zerstört und die Arbeiter stärker von den Launen des Kapitalismus abhängig gemacht. Der Rechtspopulismus liefere ein Allheilmittel für die Unsicherheiten der Welt und den alltäglichen Kampf für ein angemessenes Leben. Kalb argumentierte ein Jahrzehnt später, die „illiberale Revolution“ sei am ehesten als populärer und populistischer Gegenschlag zu verstehen, mit dem die „orientalisierten“ Verlierer der Transition ihre *Ressentiments* gegenüber dem „kolonialisierenden“ Westen ausdrückten.²¹

Um den Siegeszug des „Illiberalismus“ in Ländern wie Ungarn und Polen zu erklären, griff Chris Hann auf den theoretischen Rahmen zurück, den Karl Polanyi in seinem klassischen Werk „The Great Transformation“²² ausgearbeitet hat-

17 Vgl. Philippe Marlière, *The Decline of Europe's Social Democratic Parties*, Open Democracy, 2010 (<https://www.opendemocracy.net/philippe-marliere/decline-of-europes-social-democratic-parties>; 8.8.2022).

18 Vgl. David Ost, *The Defeat of Solidarity: Anger and Politics in Postcommunist Europe*, Ithaca, NY 2005.

19 Vgl. David Ost, *Solidarity and the Politics of Anti-politics. Opposition and Reform in Poland 1968*, Philadelphia 1990.

20 Vgl. Don Kalb/Gábor Halmi (Hg.), *Headlines of Nation, Subtexts of Class: Working-Class Populism and the Return of the Repressed in Neoliberal Europe*, New York 2011.

21 Don Kalb, *Post-Socialist Contradictions: The Social Question in Central and Eastern Europe and the Making of the Illiberal Right*. In: Jan Breman/Kevan Harris/Ching Kwan Lee/Marcel van der Linden (Hg.), *The Social Question in the Twenty-first Century: A Global View*, Berkeley 2019, S. 208–226, hier 213.

22 Vgl. Chris Hann, *Repatriating Polanyi. Market Society in the Visegrad States*, Budapest 2019.

te. Für Polanyi waren Gewerkschaften ein wichtiges Instrument im Kampf der Gesellschaft, um sich selbst vor den Verheerungen einer „entbetteten“ Marktwirtschaft zu schützen. Eine andere mögliche Form der Gegenbewegung aber sei der Faschismus, verstanden als eine Bewegung mit dem Ziel „[to] bring economy and polity back together in a new, antidemocratic amalgam“.²³

Hann wendet dieses Modell des *Disembedding* auf Osteuropa an, das nach 1989/90 zu einem Labor des neoliberalen Experimentierens wurde (siehe etwa Peter Gowan, der explizit von „Imperialismus“ sprach).²⁴ Gemeinden, Fabriken und kollektivierte Agrarbetriebe lösten sich allesamt auf, während mit dem vorgeblichen Ziel, die Gesellschaft vor den Missständen der Globalisierung und leichtsinnigen Vermarktlichung zu schützen, neue nationalistische Ideen verkündet wurden. Das durch den Rückzug der politischen Linken als Repräsentantin der Arbeiterschaft hinterlassene Vakuum füllte die Rechte erfolgreich aus, insbesondere durch Fidesz in Ungarn.

Während der ungarische Fall eine breite politische und akademische Aufmerksamkeit erfuhr, nachdem Orbán im Jahr 2010, nach Niederlagen in den Parlamentswahlen von 2002 und 2006, die Rückkehr an die politische Macht gelang, war es im deutschen Fall *Klaus Dörre*, der eine fundierte Analyse des relativen Erfolgs der AfD lieferte – wiewohl deren Parteispitze Orbán um seine politischen Siege nur „beneiden“ kann. Er zeigte als Erster die Attraktivität der Partei für die Arbeiterschaft auf – ungeachtet der Tatsache, dass die AfD in ihrer marktfreundlichen Haltung den Arbeitern in ökonomischer Hinsicht de facto wenig zu bieten hat.²⁵ Politische Entscheidungen werden jedoch nicht von „bloßen“ mathematischen Überlegungen bestimmt, wie er in seinem Beitrag zum vorliegenden Themenheft unter Rückgriff auf Marx' Analyse des Bonapartismus argumentiert. Während direkte historische Analogien häufig in die Irre führen, lohnt es sich dennoch zu betonen, dass in der von Dörre durchgeführten Forschung einige Interviewpartner das Thema der direkten Demokratie ansprachen, durch die sie hofften, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig ist alarmierend, dass sie sich nicht von Gewalt distanzieren und zwischen einer Unterstützung der AfD – oder gar von Pegida – und der Vertretung der Arbeiterinteressen im Betrieb keinen Widerspruch sahen. Vermutlich fühlen sich auch in Deutschland viele Arbeiter von den „traditionellen“ politischen Parteien im Stich gelassen.

Stefan Bergers Studie zu den Arbeitern im Ruhrgebiet liefert weitere erhellen- de Einsichten in die Attraktivität der AfD für die Arbeiterklasse. Diese Attraktivität hängt nicht nur mit ökonomischen Faktoren zusammen – obschon eine der westlichen Hochburgen der AfD Deutschlands „ärmste“ Stadt (Gelsenkir-

23 Ebd., S. 11.

24 Vgl. Peter Gowan, *Neo-liberal Theory and Practice fo Eastern Europe*. In: *New Left Review*, (1995) 213, S. 3–60.

25 Vgl. Klaus Dörre, *In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte*, Münster 2020.

chen) ist. Als Schwerindustrie und Bergbau die angesehensten Industriezweige darstellten, galt das Ruhrgebiet als industrielles „Herz“ Deutschlands. „Ruhri“ bezeichnete eine charakteristische Identität vor allem der männlichen Arbeiter, ebenso wie einen wirtschaftlichen Status, der es Männern der Arbeiterschicht ermöglichte, die Pflichten des „Ernährers“ zu erfüllen. Die Krise – oder der gänzliche Verlust – dieser Identitäten löst tiefe Gefühle sozialer und menschlicher Unsicherheit aus und schürt Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und starke migrationsfeindliche Diskurse und Einstellungen. Sie alle lassen sich leicht von den AfD-Politikern instrumentalisieren, um sich die Unterstützung der Arbeiter zu sichern. Stefan Berger untersucht ebenfalls die Versuche der AfD, die Gewerkschaften und Betriebsräte zu übernehmen – Bemühungen der Partei, die, so sein Befund, wenig Erfolg zeitigten.

Die Beobachtung, die politische Linke könne nur dann erfolgreich sein, wenn sie ihren Einfluss am Arbeitsplatz bewahrt, bekräftigt *Alexandr Osipians* anhand der Untersuchung des Donbass. Dort konnten die unabhängigen Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der staatsgeführten Gewerkschaftsstrukturen nicht Fuß fassen. Selbstverständlich unterminierte die verzweifelte wirtschaftliche Situation der ukrainischen Bürger stark die linkspolitischen Versuche, Arbeiter zu organisieren oder eine Demokratie westlichen Typs zu propagieren. Hier genügt es, eine im April 2020 vom Internationalen Institut für Soziologie Kiew durchgeführte Umfrage zu zitieren, der zufolge 11,5 Prozent der ukrainischen Bevölkerung Schwierigkeiten hatten, sich Nahrungsmittel zu kaufen, 33,8 Prozent sich nur wenig mehr als Nahrungsmittel leisten konnten, und 29,6 Prozent nur für wenig mehr als Nahrungsmittel und Kleidung Geld zur Verfügung hatten.²⁶ Was die Krisen der im Ruhrgebiet und auf dem Donbass geschmiedeten „traditionellen“ Arbeiterklassenidentitäten gemein haben – neben den wirtschaftlichen Sorgen, die aus Arbeitslosigkeit und dem Scheitern bei der Suche nach einer neuen Stelle erwachsen – ist der grundlegende Verlust sozialer Anerkennung beziehungsweise der Verlust jeder Möglichkeit, als „normaler“ Arbeiter soziale Anerkennung zu erlangen. Dies begünstigt die Formierung neuer Identitäten, für die die extreme Rechte reichlich „Lösungen“ bietet.

Die Unsichtbarkeit von Arbeitern in den öffentlichen und sozialen Medien ist ein starker „Indikator“ für die Entwertung industrieller körperlicher Arbeit – die einst als Hauptquelle ökonomischer und menschlicher Produktion *und* Würde der Arbeiterklasse betrachtet wurde. In den 1960er-Jahren fand sogar in den Medien kommunistischer Länder eine Diskussion über die sozialen Auswirkungen der Automatisierung statt – und über das anschließende Schrumpfen der industriellen Arbeiterklasse (die die „Maske“ einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft trug, in der Menschen über genügend Zeit verfügten, kreative Tätigkeiten

26 Vgl. Yuliya Yurchenko/Pavlo Kutuev/Maksym Yenin/Hennadii Korzhov, *Class Divisions and Social Inequality in Independent Ukraine*. In: Mykhailo Minakov/Georgiy Kasianov/Matthew Rojansky (Hg.), *From „The Ukraine“ to Ukraine. A Contemporary History, 1991–2021*, Stuttgart 2021, S. 95–137.

auszuüben, an Bildungsprogrammen teilzunehmen, Freizeitaktivitäten zu genießen usw.). Empirische Belege aus den 2010er-Jahren jedoch offenbaren ein anderes Bild. Wie *Ondřej Daniel* bemerkt, geht ein jüngeres kultursoziologisches Modell davon aus, die tschechische Arbeiterklasse bestehe aus mehreren Subklassen, von denen zwei als in gewisser Weise beeinträchtigt beschrieben werden: die „gefährdete“ („endangered“) und die „leidende“ („suffering“) Klasse.²⁷ Kateřina Nedbálková, die an ihre Forschung zum Leben in einer Schuhproduktionsfirma im Osten Mährens anknüpft, beobachtet jedoch: Wenn diese beiden „defekten“ Klassen zusammen bis zu 40 Prozent der tschechischen Bevölkerung repräsentieren, kann entweder mit der heutigen tschechischen Gesellschaft oder mit dem Modell und seiner Terminologie etwas ganz und gar nicht stimmen.²⁸ Daniels Studie der Fans und des (Selbst-)Bildes der tschechischen Band Ortel Mitte der 2010er-Jahre liefert eine faszinierende, aber gleichzeitig verstörende Analyse der Wurzeln und Konsequenzen fehlender Anerkennung, die die Arbeiter in ihrer Suche nach neuen Identitäten an den rechten Rand treibt. Da Klassenidentitäten in Osteuropa als Teil des diskreditierten „kommunistischen“ Erbes systematisch zerstört und dekonstruiert wurden, tat sich der Ethnonationalismus als neue Sprache und Ideologie hervor, die die Unrechts- und Ausbeutungserfahrungen der Arbeiter in politische und soziale Mobilisierung übersetzt. Ortel mag „nur“ eine rechtsextreme, nationalistische Band sein; alarmierend ist jedoch, dass diese Band beliebt ist und sogar prestigeträchtige nationale Preise gewonnen hat, was womöglich die sich verändernde politische Stimmung in der modernen tschechischen Gesellschaft widerspiegelt – einem Land „West“-Osteuropas.

Eva Svatoňová analysiert genderfeindliche Diskurse in Tschechien, und ihre zentrale Forschungsfrage bereichert das Themenheft um eine Dimension, die im osteuropäischen Kontext häufig zu wenig untersucht oder missverstanden wird. Während Arbeiter zumindest in der linken politischen Kultur herkömmlicherweise mit progressiven sozialen (oder sozialistischen) Werten in Verbindung gebracht werden, halten „traditionelle“ Arbeiterfamilien in der Realität zumeist an patriarchalen Geschlechterrollen und Ideologien fest. Zwar stellt Svatoňová fest, dass genderfeindliche Diskurse von gebildeten, religiösen Frauen der Mittelschicht unterstützt werden; ihre Zielgruppe jedoch sind die Arbeiterfrauen, die sich entscheiden, für ihre Mittelschicht-„Schwestern“ Partei zu ergreifen, die sie ansonsten beneiden („the Prague people“; „die Prager Leute“) oder verabscheuen. Warum also unterstützen Frauen der Arbeiterklasse genderfeindliche Diskurse mit ihrem Aktivismus? Was sind die wesentlichen Quellen der Feindseligkeit? Die Forschungsfrage des Aufsatzes ist erhellend *und* beunruhigend – nicht nur im heutigen Tschechien.

27 Vgl. Daniel Prokop, *Slepé skvrny. O chudobě, vzdělávání, populismu a dalších výzvách české společnosti* [Blind spots. On poverty, education, populism and other challenges of Czech society], Brno 2019.

28 Vgl. Kateřina Nedbálková, *Tichá dřina* [Silent Toil], Prag 2021.

Paulus Wagner geht ebenfalls von „etablierten“ sozialen Identitäten der Arbeiterschicht beziehungsweise ihrem *Habitus* im Sinne Bourdieus aus und sucht in einem breit angelegten Oral-History-Projekt in Deutschland und Österreich die Frage zu beantworten, was mit jenem *Habitus* in einem völlig anderen sozio-ökonomischen Kontext geschieht. Er betont den moralischen Rahmen und die zugrundeliegenden Werte, die verschiedene politische Entscheidungen und auf einer Gruppenebene schließlich politische Koalitionen zwischen Arbeitern und anderen sozialen Gruppen auslösen können. Nach Wagner rückt die Mehrheit seiner Interviewpartner „laborist frames“ in den Mittelpunkt, wenn sie versuchen, ihre Position in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu verstehen. Die Arbeiterbewegung betont die Idee, dass (körperliche) Arbeit ein wertvoller Beitrag zum Gemeinwohl und eine Quelle der Wertschätzung darstellt; sie betrachtet universelle Partizipation durch bezahlte Arbeit als vorteilhaft für Individuen und die Gemeinschaft. Was geschieht jedoch in einer Gesellschaft, in der körperliche Arbeit nicht mehr die moralische und wirtschaftliche Anerkennung bringt, die sie nach Meinung der Arbeiter *verdient*? Wagners Aufsatz bietet eine aufschlussreiche Analyse der wahrgenommenen Verdrängung von Handarbeitern in gegenwärtigen westlichen Gesellschaften.

Am Anfang dieses Textes haben wir die Bedeutung der historischen Dimension betont. *Tibor Valuch* liefert eine sorgfältige Studie der wechselnden politischen Allianzen der ungarischen Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert. Wie Rézler in seinem grundlegenden Werk zur Bildung der ungarischen Industriearbeiterschicht aufgezeigt hat, war diese soziale Klasse immer schon sehr vielfältig – ethnisch, sozial, religiös und politisch.²⁹ Valuch untersucht die wechselnden politischen Orientierungen der Arbeiter am Beispiel von Ózd, einer Fabrikstadt im Nordwesten Ungarns, die schon lange vor der kommunistischen Industrialisierung für Bergbau und Hüttenwesen berühmt war. Selbstverständlich brachte diese wieder neuen Schwung in die Entwicklung der Stadt. Während der Bergbau schon in den 1980er-Jahren Verluste machte, beraubte der Regimewechsel die Fabrikstadt all ihrer Industrien und Ressourcen. Ózd, eine einstmalige Hochburg der politischen Linken, folgte dem Beispiel der Heimatstadt Didier Eribons: Der Bürgermeister der 2010er-Jahre entstammte einer Partei, die ihre Identität explizit am rechten Rand aufgebaut hat (als Fidesz sich als Mitte-Rechts-Partei darstellte).

Adrian Gramas Aufsatz bietet eine höchst anspruchsvolle und originelle Analyse der Art und Weise, wie Konzepte des Totalitarismus und Populismus in der Vergangenheit durch bestimmte Akteure verwendet wurden. Wir neigten zumindest während des Kalten Krieges dazu, Totalitarismus als grundsätzlich unvereinbar mit westlichen Perspektiven zu betrachten. Grama dagegen zitiert Jeff Frieden, einen Experten für internationale monetäre und finanzielle

29 Gyula Rézler, *A magyar nagyipari munkásság kialakulása 1867–1914* [The formation of the Hungarian large industrial working class, 1867–1914], Budapest 1938.

Beziehungen: „Of lending to independent Algeria, one banker noted that ,we like it because it is totalitarian and if the government says people will have to cut back consumption, they will.“³⁰ Allerdings wurden Polens wirtschaftliche Sorgen zu Beginn der 1980er-Jahren von eben diesen Bankiers offen auf die „populistischen“ Maßnahmen von Edward Gierek zurückgeführt.

Grama erforscht die Aktivitäten des International Centre of Free Trade Unionists in Exile (ICFTUE), indem er sich auf dessen monatliches Bulletin „Le Syndicaliste exilé“ sowie die zwischen 1951 und 1961 von dem Sozialdemokraten Eftimie Gherman herausgegebene Zeitschrift „România Muncitoare“ konzentriert, um die Frage zu beantworten, wie diese Gruppe von Denkern und Gewerkschaftsaktivisten Totalitarismus verstanden *und* ihn einem westlichen, an Fragen der Arbeiterbewegung interessierten, beteiligten Publikum erklärten. Wie Grama zeigt, blieb Ghermans Idee (Ideal) eine sozialistische Gesellschaft, die öffentliches (aber nicht staatliches!) Eigentum aufrechterhalten kann. Für ihn war die Sowjetunion primär ein „unterentwickelter“ Staat, der parasitär die Ressourcen Osteuropas nutzte (und hier stehen wir wieder vor dem ursprünglichen Problem: Was begründet Osteuropa?). Der Nationalismus bot ein Allheilmittel für diese Kritik an und Gherman kehrte schließlich wieder in Ceaușescus neototalitäres Rumänien zurück.

Es versteht sich von selbst, dass wir Personen nicht verurteilen können, die Jahrzehnte im Exil verbracht haben. Rézler machte schließlich eine erfolgreiche Karriere in den USA, und in den 1990er-Jahren zog er ernsthaft in Betracht, wieder nach Ungarn zurückzukehren (seine ungarischen Freunde redeten es ihm aus). Einige von ihnen könnten durchaus die neue Ära des Nationalismus vorhergesehen haben, die im Jahr 2010 eine „illiberale“ Wende in Ungarn einleitete. Um allerdings die tieferen Ursachen dieser Wende zu verstehen, bieten die Beiträge dieses Themenheft lohnende, und so hoffen wir, nachhaltige Aufklärung. Wie Alexandr Osipian bemerkt, hat sich das Phänomen der arbeitenden Armen – das heißt, berufstätige Menschen, die in Armut leben – in der ganzen Ukraine ausgebreitet. Wir können hinzufügen, dass arbeitende Personen in „West“-Osteuropa oder weiter im Westen, auch wenn sie „besser dran sind“, dennoch eine Verschlechterung ihres sozialen Status wahrnehmen, was zu Wut und Frustration führt, die sich schnell in die Unterstützung radikaler Sichtweisen oder – im schlimmsten Fall – in politische Gewalt übersetzen können. Ein Arbeiter zu sein, bedeutete in Osteuropa etwas – zumindest jedenfalls bis zum Regimewechsel. Wie eine vergleichende Umfrage gezeigt hat, identifizierten sich selbst nach der Wende wesentlich mehr Menschen in der ehemaligen DDR und in Ungarn als Mitglieder der Arbeiterklasse als in Westdeutschland, was vermuten lässt, dass

30 Zitiert in: Jeff Frieden, *Third World Indebted Industrialization: International Finance and State Capitalism in Mexico, Brazil, Algeria and South Korea*. In: *International Organization*, 35 (1981) 3, S. 407–431, hier 424.

sie immer noch eine gewisse „Zugehörigkeit“ zu dieser imaginären Gemeinschaft verspürten.³¹ Wie jüngste Umfragen zeigen, kann in Ostdeutschland immer noch eine gewisse Eigenidentität erkannt werden, die sich auch in politische Unterschiede „übersetzt“.³² Die extreme Rechte ist zunehmend erfolgreich bei der Mobilisierung von Wut und – berechtigter oder unberechtigter – Feindseligkeit. Der Fall Ungarns sollte uns in dieser Hinsicht ein warnendes Beispiel sein, anhand dessen eine enge Verbindung all jener Faktoren offensichtlich wird, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts die „kleinen Leute“ so oft (irre-)geleitet haben.

31 Vgl. Róbert Angelusz/Róbert Tardos, Társadalmi átrétegződés és szociális-politikai identifikáció [Social re-stratification and social-political identification]. In: Szociológiai Szemle, 2 (1995), S. 85–97.

32 Vgl. z. B. Jeffrey Kopstein/Daniel Ziblatt, Honecker's Revenge: The Enduring Legacy of German Unification in the 2005 Election. In: German Politics & Society, 1 (2006), S. 134–147.